

## ANTRAG

der Abgeordneten Mag.<sup>a</sup> Collini

betreffend: **Entzug der Agenden für Asyl und Integration bezüglich Landesrat Waldhäusl**

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) erhebt Anklage gegen Landesrat Gottfried Waldhäusl. Konkret geht es um den Verdacht des Amtsmissbrauchs im Zusammenhang mit der Unterbringung von Flüchtlingen in einem Asylquartier in Drasenhofen. Dort hatte Landesrat Waldhäusl jugendliche Flüchtlinge in einem Asylquartier in Drasenhofen (Bezirk Mistelbach) unterbringen lassen. Rund um das Quartier wurde auch Stacheldraht angebracht.

Ein Politiker, der im Verdacht steht, sein Amt missbraucht zu haben, kann nicht schulterzuckend zur Tagesordnung übergehen und dieses Amt weiter ausführen. Dass es in dieser Causa Konsequenzen braucht, sollte in einer entwickelten Demokratie vollkommen selbstverständlich sein. Anklage- und Regierungsbank schließen sich aus.

Auch muss die Politik in Niederösterreich und insbesondere die Landesregierung in Niederösterreich ein klares Zeichen setzen, dass hier eine rote Linie überschritten wurde.

Um hier weiteren Schaden für Niederösterreich und die Betroffenen im Bereich Asyl und Integration abzuwenden, stellt die Gefertigte folgenden

## ANTRAG

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, die Geschäftseinteilung der niederösterreichischen Landesregierung derart anzupassen, dass Landesrat Waldhäusl die Agenden für Asyl und Integration entzogen werden“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem RECHTS- UND VERFASSUNGS-AUSSCHUSS zur Vorberatung zuzuweisen.